

⇒ Rolf Schieder

## Schuldfallen und Opferprojektionen im Umgang mit dem Palästinakonflikt

Zurzeit läuft in der Berliner Schaubühne das Theaterstück »The day before the last day« der in Tel Aviv lebenden Regisseurin Yael Ronen. Thema ist die Konkurrenz von Religionen und Weltanschauungen. Es wird Englisch, Hebräisch und Arabisch mit deutschen Untertiteln gesprochen. Das Ensemble besteht aus Palästinensern, Juden und Deutschen. Das Berliner Publikum, das religiösen Traditionen mehrheitlich entfremdet ist, wird mit der verstörenden Botschaft konfrontiert, dass keine Religion auch keine Lösung ist. Der deutsche Messias Nils, der gegenüber Judentum, Islam, Katholizismus und Protestantismus die scheinbar überlegene neue Weltanschauung der Einigkeit propagiert und dafür – wenn auch unfreiwillig – sein Leben lässt, hat letztlich keinen Erfolg. Denn seine letzten Worte werden von seinen Jüngern so unterschiedlich interpretiert, dass sich dem Besucher die Gewissheit aufdrängt, dass der Streit darüber, wie denn Einigkeit zu erreichen sei, bis zum Jüngsten Tag anhalten wird.

Im Theaterstück tritt auch ein jüdischer Zukunftsforscher auf, der sich zunehmend der Anfrage ausgesetzt sieht, ob der jüdische Glaube, das auserwählte Volk Gottes zu sein, religiöser Rassismus sei. Der

Zionismus des Staates Israel diskriminiere die nicht-jüdische Bevölkerung; volles Bürgerrecht hätten nur die Juden. Der jüdische Professor verteidigt sich: Rassismus sei eine politische Kategorie, der Erwählungsgedanke hingegen eine religiöse. Rassismus diskriminiere andere Minderheiten, der Erwählungsgedanke hingegen diskriminiere nicht Andere, sondern diskriminiere das eigene Volk. Die Geschichte Israels zeige, dass Erwählung keineswegs Überlegenheit impliziere, sondern meist Leid und Verfolgung nach sich ziehe.

---

**Rolf Schieder**, Professor für Praktische Theologie und Religionspädagogik an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, sowie Sprecher des Program on Religion, Politics and Economics.

Aktuelle Veröffentlichungen:

Sind Religionen gefährlich? Religionspolitische Perspektiven für das 21. Jahrhundert. 2. Erweiterte Auflage, bup 2011;

Die Dynamik von Rechtfertigungsdiskursen. Ein theologischer Versuch über Luc Boltanskis Soziologie der Moral, in: Sphärendynamik I. Zur Analyse postsäkularer Gesellschaften, hg. v. Georg Pfeleiderer und Alexander Heit, Nomos 2011, 159-234.

---

Im Übrigen berühre es ihn als Juden merkwürdig, sich ausgerechnet von antisemitischen Rassisten den Vorwurf des Rassismus anhören zu müssen. Der Gedanke der Erwählung sei für die jüdische Identität unaufgebbar.

Man kann Yael Ronen nicht den Vorwurf machen, sie drücke sich um die »hot spots« gegenwärtiger Religionsdebatten. Denn die Position des jüdischen Wissenschaftlers im Theaterstück ist keineswegs unumstritten – auch unter den Juden nicht. Nicht alle Juden in der Diaspora sind Zionisten und viele säkulare Juden sind über einen wachsenden zionistischen Fundamentalismus in Israel zutiefst besorgt. Dieser stelle die notwendige Unterscheidung von Religion und Politik in Frage – und heize angesichts des wachsenden Einflusses des Islamismus in der Region des Mittleren Ostens das politische Klima weiter auf. Nicht nur das Judentum, auch die anderen Religionen werden auf der Bühne mit ihren Aporien und Ambivalenzen konfrontiert. Und so bleibt den Zuschauern die Einsicht nicht erspart, dass es eine neutrale Zuschauer- oder gar Schiedsrichterposition in Religionsdingen nicht gibt. Das gilt auch für den Palästina-Konflikt. Der Druck zur Stellungnahme nimmt zu. Das Theaterstück appelliert an die Zuschauer, sich der Motive für die eigene Stellungnahme bewusst zu werden.

⇒ Die Shoah als negative Erwählung der Deutschen

Seit Martin Walsers berühmt-berüchtigter Paulskirchenrede im Jahre 1998 ist die Ambivalenz der Deutschen der Shoah gegenüber öffentlich geworden. Während sich Walser gegen »eine Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken« (FAZ 12.10.1998, 15) wehrte und feststellte, dass sich Auschwitz nicht als »Einschüchterungsmittel oder Moralkelle« eigne, empfanden viele Zuhörer seine Rede als einen Tabubruch. Das sollte sie offenbar auch sein. Walser protestierte gegen die Instrumentalisierung der Shoah für zivilreligiöse Zwecke.

Wie wichtig den Deutschen die Erinnerung an die Shoah nach wie vor ist, zeigte die Auseinandersetzung zwischen Papst Benedikt XVI. und Kanzlerin Angela Merkel über die Rehabilitation des Piusbruders Richard Williamson im Februar 2009. Die religionspolitische Leidenschaft, mit der die Deutschen darüber öffentlich debattierten, war beträchtlich. Die Kanzlerin hatte vom Papst verlangt, »dass sehr eindeutig klargestellt wird, dass es hier keine Leugnung geben kann.«

Sie bewerte im Allgemeinen keine innerkirchlichen Entscheidungen. Hier gehe es aber um eine Grundsatzfrage. Warum aber sollen die merkwürdigen politischen Äußerungen eines *britischen* Klerikers und eine Aufhebung seiner Exkommunikation durch den *römischen* Heiligen Stuhl eine *deutsche* Grundsatzfrage sein? Die TAZ jedenfalls rief offen zum Kirchenaustritt auf, während die FAZ auf der anderen Seite eine Wiederauflage des Kulturkampfes des 19. Jahrhunderts in vollem Gange sah. Der STERN raunte vom möglichen Rücktritt des Papstes und prophezeite eine Kirchenaustrittswelle. Katholische Politiker hielten die Äußerungen von Angela Merkel für eine Verletzung der Trennung von Kirche und Staat, während evangelische Bischöfe ihre Solidarität mit der Kanzlerin bekundeten.

Papst Benedikt XVI. glättete die Wogen. Anlässlich eines Besuches amerikanischer Juden im Vatikan erklärte er unmissverständlich, dass die Juden »unsere Väter im Glauben« seien – und man darf ja wohl davon ausgehen, dass er damit auch die heute lebenden Juden meint. Auch die Kanzlerin gab bekannt, dass sie mit dem Papst in der Angelegenheit telefoniert habe. Wie kam es aber überhaupt zu so viel öffentlicher Erregung? Es handelte sich – so die hier vertretene These – weder um eine Wiederauflage des Kulturkampfes, noch um einen innerkonfessionellen christlichen Konflikt, sondern um die Verletzung und unzureichende Sanktionierung eines Dogmas der deutschen Zivilreligion der Nachkriegszeit.

⇒ Was ist Zivilreligion?

Der römische Philosoph Marcus Terentius Varro (116-27 v. Chr.) unterschied drei Arten von Theologie, die *theologia mythica*, die *theologia civilis* und die *theologia naturalis*. Die erste pflege die Religion des Volkes, die zweite erinnere das Volk an seine Pflichten als Staatsbürger, die dritte sei Religionsphilosophie, die in den Akademien über die Natur der Götter nachdenke. Benedikt XVI. hat sich als Joseph Kardinal Ratzinger mehrfach auf die varronische Unterscheidung bezogen. Er teilt das Urteil des Augustinus, dass das Christentum die magischen Volksreligionen ebenso wie die zivilreligiöse Verpflichtung der Bürger überwunden habe. Während eine Zivilreligion in der Anbetung der *civitas terrena* befangen sei, gehe es dem Christentum um ein vernunftgeleitetes Nachdenken über die *civitas Dei*.

Angesichts einer langen Tradition der christlichen Verachtung von Zivilreligion hat der US-amerikanische Soziologe Robert N. Bellah 1967 gefordert, die Ernsthaftigkeit und Integrität von Zivilreligion anzuerkennen und sie mit der gleichen Sorgfalt zu untersuchen wie die konfessionellen Religionen. Eine Zivilreligion sei ein Gefüge aus Überzeugungen, Symbolen und Ritualen, das dem Wertekonsens eines Gemeinwesens Ausdruck verleihe und diesen Konsens von einer Generation an die nächste weitergebe. Wer die Inaugurationsfeierlichkeiten Barack Obamas am 20. Januar 2009 in Washington verfolgte, bekam einen lebendigen Eindruck von der Wirkmächtigkeit der amerikanischen Zivilreligion.

Im Februar 2009 bekam Benedikt XVI. einen Eindruck von der Wirkmächtigkeit der deutschen Zivilreligion. Die Erinnerung an die Shoah und die daraus abgeleiteten Verpflichtungen sind für das Selbstverständnis Deutschlands schlechterdings fundamental. Zu diesem Verpflichtungen gehören: die Pflege der Erinnerung an die Shoah, eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel und den im Deutschland lebenden Juden, Antirassismus und der Schutz von Minderheiten, Kampf gegen neo-nazistische Gruppierungen. Das Bewusstsein davon, dass ein Gemeinwesen eine moralische Vision von sich selbst haben muss, um lebensfähig zu sein, ist also auch in Deutschland lebendig, freilich in einer paradoxen Form: gerade in der selbstkritischen Erinnerung vergegenwärtigen und vergewissern sich die Deutschen ihres zivilreligiösen Konsenses. Bedrohungen dieses zivilreligiösen Konsenses werden nicht geduldet, Verstöße dagegen werden als Sakrileg empfunden und sanktioniert.

Religion sei keine Privatsache, Religion habe vielmehr immer eine öffentliche Dimension. Das betont Papst Benedikt XVI. immer wieder. Die deutsche Öffentlichkeit sah das angesichts der Rehabilitierung von Bischof Richard Williamson auch so und rückte eine eigentlich innerkirchliche Angelegenheit in das Licht außerkirchlicher, öffentlicher Debatten. Nicht wenige deutsche Katholiken fühlten sich an alte Kulturkampfzeiten erinnert. Die damalige öffentliche Erregung lässt sich aber mit antikatholischen Ressentiments nicht hinreichend erklären. Nicht die ostdeutsche protestantische Pfarrerstochter Angela Merkel kritisierte den bayerischen Katholiken Joseph Ratzinger, vielmehr sah die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ein zentrales zivilreligiöses Dogma in Gefahr – dessen Verletzung mittlerweile ein Straftatbestand ist.

Die Erinnerung an die Zeiten des Kulturkampfes mag durch den Schulterchluss des damaligen Berliner Bischofs Wolfgang Huber mit der Kanzlerin noch intensiviert worden zu sein. Begegnete hier das protestantisch-preußische Berlin dem bayerisch-stämmigen römischen Papst nicht mit einer Hermeneutik des Verdachtes, auf die das katholische Deutschland nur mit Protest reagieren konnte? Die Kanzlerin, so Bischof Wolfgang Huber, habe sich geäußert, weil wir Deutschen »eine Haftungsgemeinschaft« im Blick auf die Folgen der Shoah seien. Das ist nicht sonderlich antikatholisch. In Zeiten der Finanzkrise denkt man bei Begriffen wie »Haftungsgemeinschaft« an die Ökonomie. Bemerkenswert ist aber, dass Bischof Huber mit dem Begriff der »Haftungsgemeinschaft« seinen Vorgänger, Bischof Albrecht Schönherr, zitierte, der zu den Vertretern der Fraktion »Kirche im Sozialismus« in den DDR-Kirchen gehörte. Schönherr sprach bei einer Rede vor der Gustav-Heinemann-Initiative in Rastatt am 22. Mai 1982 von der »Haftungsgemeinschaft«, der »Verantwortungsgemeinschaft« und der »Hoffnungsgemeinschaft«, die die Grundlage der »Gemeinschaft der Deutschen in den beiden deutschen Staaten« bilde. Der Begriff der »Haftungsgemeinschaft« ist also nicht ökonomisch, sondern zivilreligiös zu konnotieren. Bemerkenswert an der Rede Schönherr ist, dass das Empfinden, für die Folgen der Shoah haften zu müssen, in beiden deutschen Staaten vorhanden war.

Wie die amerikanische Zivilreligion von allen Konfessionen erwartet, dass deren Repräsentanten imstande sind, »God bless America« zu sagen, so erwartet die deutsche Zivilreligion von allen Konfessionen, dass sie die Pflichten, die aus der Shoah erwachsen, ernst nehmen. Während der mexikanische Kardinal Barragán die Äußerungen Williamsons lediglich für eine Dummheit hielt und die ganze Aufregung in Deutschland nicht verstand, erkannten die deutschen Bischöfe die Dimension des Problems sofort und erklärten Kirchengemeinschaft mit Leugnern der Shoah für inakzeptabel.

Eine Zivilreligion ist ein kollektives Phänomen. Sie kann Reaktanz und Häresie bei denen auslösen, die als Individuen mit ihren Glaubens- und Verhaltensforderungen konfrontiert sind. Insofern kann weder der Widerstand Martin Walsers noch der Protest junger Deutscher mit muslimischem Migrationshintergrund gegen die zivilreligiöse Erwartung, sich der Shoah politisch folgenreich zu erinnern, verwundern. Aber auch viele Juden in Deutschland fürchten, dass der Erwartungsdruck bei den Deutschen in ein neues Ressentiment gegen die heute lebenden Juden umschlagen könnte. Wie formulierte

es doch Hendrik Broder sarkastisch: »Die Shoah werden uns die Deutschen nie verzeihen!«.

Antisemitismus-Forscher in Deutschland sprechen seit einiger Zeit von einem neuen Typus des »Schuldabwehr-Antisemitismus«. Gerade weil die zivilreligiöse Pflicht des Sich-Erinnern-Müssens so schwer auf den Gewissen der Einzelnen lastet, sei die verzweifelte Suche nach Entlastung ein sozialpsychologisch und politisch bedenkliches Phänomen. Martin Walsers Entlastungsversuch, die Zumutungen einer Zivilreligion religionskritisch zu entlarven, war letztlich nicht erfolgreich. Viele Deutsche finden hingegen in der Kritik des Umgangs des Staates Israel mit den Palästinensern Entlastung. Sie pflegen die fixe Idee, die Opfer von damals (also die von Deutschen ermordeten Juden) seien heute (also die politische Führung des Staates Israel) selbst Täter und die Palästinenser deren Opfer. Entlastung gewährt auch der greise Helmut Schmidt, den die deutschen Medien – je älter er wird, umso lieber – als politisches Orakel konsultieren. Er kritisiert Angela Merkels Israelpolitik. Deutschland sei für die Sicherheit der Atommacht Israel nicht verantwortlich. Das Verantwortungsgefühl der Kanzlerin, dass sich ein Genozid an den Juden nicht mehr wiederholen dürfe, sei übertrieben. Die Shoah sei eine Last für die Seele der Deutschen. Das Gefühl, zu Unrecht mit den Folgen der Geschichte des eigenen Volkes belastet zu sein, ist deutlich herauszuhören.

⇒ Israelkritik als Antisemitismus?

Ist Kritik an der Politik der gegenwärtigen Regierung des Staates Israel bereits Antisemitismus? Wenn diese Gleichung stimmen würde, dann wäre die politische Opposition in Israel ebenso antisemitisch wie eine große Zahl von Juden außerhalb Israels, die die Siedlungspolitik des Staates Israel für völkerrechtswidrig halten. Selbstverständlich kann und soll die Politik der Regierung des Staates Israel ebenso kritisiert werden wie die der Türkei, Russlands, Chinas oder Pakistans. Je wacher die Gewissen weltweit gegenüber Menschenrechtsverletzungen und politischen Missständen sind, umso mehr werden sich die Politiker dieser Länder von der Weltgemeinschaft beeinflussen lassen.

Kritik an der Politik Israels durch Deutsche ist des Antisemitismus ebenso unverdächtig wie die Kritik deutscher Menschenrechtsgruppen an der Lage in Darfour der Islamophobie. Für die Bürger

Israels – unabhängig davon, ob sie von Antisemiten vorgebracht wird oder nicht – wäre diese Kritik freilich dann gefährlich, wenn sie

- zur Vernichtung des Staates Israel aufriefe,
- ein Existenzrecht Israels grundsätzlich leugnete,
- willentlich und wissentlich die Delegation Israels betriebe,
- sich bewusst am »singling out« Israels beteiligte,
- die politische Kritik mit antijudaistischer theologischer Semantik auflüde.

Gegenwärtig stellt sich freilich ein weitaus grundsätzlicheres Problem: Der Vorwurf des Antisemitismus ist gerade wegen der zivilreligiösen Aufladung der Shoah eigentlich unmöglich geworden. Ein identifizierter Antisemit ist dann so etwas wie ein zivilreligiöser Ketzer, der ein zivilreligiöses Sakrileg begangen hat. Wer aber möchte die Rolle eines zivilreligiösen Inquisitors spielen? So entsteht die paradoxe Situation, dass nicht mehr die antisemitische Äußerung tabu ist, sondern deren Indizierung. Wer sich wie die mittelalterliche Inquisition auf die Suche nach bekennenden und heimlichen Antisemiten in Deutschland macht, wird Unmut und Unverständnis ernten.

Es legt sich deshalb nahe, zwischen Antisemitismus als einer individuellen Einstellung und Diskursen, die für Juden zur Bedrohung werden können, zu unterscheiden. Die Frage ist dann nicht mehr, ob jemand ein Antisemit »ist«, sondern ob sie oder er an Diskurse anknüpft oder Diskurselemente verwendet, die für Juden gefährlich sind. Diskurse sind Verstehensgewohnheiten und Redenotwendigkeiten, an denen Personen aus ganz unterschiedlichen Motiven partizipieren. So kann beispielsweise ein glühender Antirassist und Widerstandskämpfer wie Stéphane Hessel problemlos und ohne das Bewusstsein eines Selbstwiderspruchs Antizionist sein und zur »Empörung« gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes aufrufen ohne sich viele Gedanken über die Sicherheitsinteressen Israels zu machen. Er hätte als Beispiel für seinen Aufruf zur Empörung auch den Iran wählen können. Aber offensichtlich eignet sich der Staat Israel immer dann, wenn letzte moralische Dinge in den politischen Diskurs eingebracht werden sollen, hervorragend als Exempel. Es wäre Israel wahrhaft zu gönnen, wenn es wie ein Staat wie alle anderen angesehen würde und nicht stets mit der Erwartung konfrontiert wäre, moralischer als alle anderen zu sein. Freilich kann man erwarten, dass auch er sich an die Standards westlicher Demokratien gebunden weiß.

## ⇒ Die deutschen Kirchen und die palästinensischen Christen

Palästinensische Christen haben im Dezember 2009 in einem Dokument mit dem Titel »Die Stunde der Wahrheit« zum Boykott israelischer Waren aufgerufen.<sup>1</sup> Oberkirchenrat Jens Nieper vom Kirchenamt der EKD bezeichnete das Papier als einen »Aufruf, der zur Bewegung werden will. Eine Friedensbewegung – und zwar eine Friedensbewegung, die sich nicht aus den Reihen der Besatzer heraus entwickelt, sondern aus den Besetzten heraus.« Bischof Martin Schindehütte, stellvertretender Leiter des Kirchenamtes der EKD, sagte den Verfassern des Boykottaufrufs zu, dass man »auch hier in Deutschland in verschiedenen Kontexten über Ihr Dokument sprechen« werde. Das ist allerdings bisher nicht geschehen. Die katholischen Bistümer beschäftigten sich mit dem Dokument überhaupt nicht und auch der Deutsche Evangelische Kirchentag in Dresden im Jahr 2010 bot den Autorinnen und Autoren des Papiers keine Bühne.

Was sind die politischen Kernaussagen des sogenannten »Kairos-Palästina«-Papiers? Palästinensische Christen fordern ihre Schwestern und Brüder weltweit auf, den Staat Israel als ein rassistisches Apartheidregime wie das frühere Südafrika anzusehen und analoge Maßnahmen zu ergreifen. Das Ziel der Verfasser des Papiers ist die Beendigung der »Besetzung Palästinas« durch die Juden. Dabei vermeiden sie eine präzise Definition dessen, was sie unter »Besetzung« verstehen. Fordern sie lediglich den Rückzug Israels hinter die Grenzen vor 1967? Oder lehnen sie eine Zwei-Staaten-Lösung ab und streben einen palästinensischen Staat mit einer jüdischen Minderheit an? Im Papier ist von zwei Staaten nicht die Rede. Vielmehr müsse »in diesem Land Gottes ein neues Land« (9-5) geschaffen werden. Ein Existenzrecht Israels wird nicht garantiert. Der Vergleich Israels mit einem Apartheidregime und die Bezeichnung der israelischen Politik als »rassistisch«, dienen offensichtlich der Delegitimierung Israels vor der Weltöffentlichkeit. Damit reiht sich das Papier in eine Fülle von palästinensischen Aktivitäten ein, die die Verantwortung für die gegenwärtige Lage ausschließlich bei der israelischen Regierung sehen.

(1) <http://www.oikoumene.org/de/dokumentation/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palaestina-dokument.html>

Der Bau einer Grenzmauer war auch in Israel umstritten. Er erschwert das Leben der Palästinenser erneut. Richtig ist aber auch, dass sich die Zahl der Terrorattentate nachweislich verringert hat. Das Kairos-Papier meint, dass eine solche Sicht die Realität auf den Kopf stelle. »Ja, es gibt palästinensischen Widerstand gegen die Besetzung. Wenn es jedoch keine Besetzung gäbe, gäbe es auch keinen Widerstand.« (1-4). Das Papier weist deshalb auch die Bezeichnung des bewaffneten Widerstandes der Palästinenser als »Terrorismus« mehrfach vehement zurück (1-5; 5-4-1).

Der Selbststilisierung als Opfer tritt eine Stilisierung Israels als »dem Bösen« (4-2-4 und öfter) und als »dem Feind« (4-2-3) zur Seite. Die israelische Politik wird als »Sünde« bezeichnet. Eine sorgfältige Unterscheidung von politischer und theologischer Sprache fehlt, so dass sowohl die politische Analyse wie auch eine theologische Beurteilung der Lage Schaden nehmen. Während die Hamas terroristisch aktiv ist und von den arabischen Nachbarstaaten unterstützt wird, während der Iran offen die Vernichtung Israels proklamiert und während das Propagieren von Boykottmaßnahmen weltweit Wirkungen zeigt, wollen die Autoren des Papier suggerieren, dass ihr Aufruf nur ein ohnmächtiger Schrei und letztlich ein Werk der Nächstenliebe und der Befreiung Israels sei – denn man habe die Israelis im Erfolgsfall von ihrer eigenen Bosheit befreit (4-2-6).

Den Verfassern des Papiers fehlt ein Bewusstsein dafür, dass sie durch die Bezeichnung der Israelis als Sünder und als Inkarnation des Bösen einen antijudaistischen Diskurs pflegen. Einer der Verfasser des Papiers, Dr. Naim Ateek, schreckte schon früher nicht davor zurück, in einer Weihnachtspredigt die israelische Regierung mit Herodes, dem Kindermörder von Bethlehem, zu vergleichen und in einer Osterpredigt die Kreuzigung des palästinensischen Volkes durch die Israelis zu beklagen, die aus Palästina ein Golgatha, eine Schädelstätte, gemacht hätten.

Viel ist in diesem Papier vom Opfer, das man ist, zu lesen. Ein Nachdenken über die Opfer, die man für den Frieden zu bringen bereit wäre, findet sich nicht. Im Englischen unterscheidet man zwischen »sacrifice« und »victim«. Von »Viktimisierung« spricht man, wenn einzelne oder soziale Gruppen zu Opfern gemacht werden. Mit »Selbstviktimisierung« hat man es zu tun, wenn sich jemand aus einem bestimmten Kalkül zum Opfer stilisiert. Das Kairos-Papier ist ein Lehrbeispiel für einen Selbstviktimisierungsdiskurs.

Palästinenser sollen und müssen ihre berechtigten Interessen politisch vertreten und viele Deutsche unterstützen sie dabei. Das Recht auf einen eigenen Staat kann man den Palästinensern nicht streitig machen. Die Frage ist nur noch, wann und wie er institutionalisiert werden wird. Problematisch sind aber politische Aktivitäten, die nicht als sachliche Interessenpolitik, sondern bewusst als Identitätspolitik betrieben wird. Eben dies tut das »Kairospapier«. Es diskutiert nicht verschiedene politische Optionen und wägt sie gegeneinander ab, sondern leitet aus der eigenen Identität als Opfer eine alternativlos scheinende symbolpolitische Aktion ab.

Die Gründung Israels sei von Beginn an Unrecht gewesen.

Es war Unrecht, dass wir aus dem Land vertrieben worden sind. Der Westen versuchte, das Unrecht, das Juden in den Ländern Europas erlitten hatten, wieder gut zu machen, aber diese Wiedergutmachung ging auf unsere Kosten in unserem Land. Unrecht sollte korrigiert werden; das Ergebnis war neues Unrecht. (2-3-2)

Und so stelle sich bis heute das Problem der Flüchtlinge in Palästina: »Obwohl sie das Recht auf Rückkehr haben, warten sie seit Generationen auf ihre Rückkehr. Was soll aus ihnen werden?« (1-1-6).

Zweifellos haben die palästinensischen Christen für diese Sicht der Dinge viele historische Fakten auf ihrer Seite: Es waren die Christen in Europa, die der Shoah mehrheitlich tatenlos zusahen. Ohne den europäischen christlichen Antijudaismus hätten viele Juden Europa nicht verlassen müssen. Welcher gebildete, gut situierte, kosmopolitisch denkende Jude in einer der Metropolen Europas hatte Sehnsucht nach den Sandwüsten Palästinas? Sie wären lieber in Wien, Berlin, Warschau und Amsterdam geblieben. Zur Mühsal der Gründung einer funktionierenden Ökonomie und dem Aufbau eines demokratischen Staates nach westlichem Vorbild kam die Fundamentalopposition der arabischen Staaten, so dass kriegerische Handlungen immer wieder aufflammten. Während sich Deutschland heute den Luxus leisten kann, ihre weibliche und männliche Jugend von jeglicher Wehrpflicht zu befreien, ist der Staat Israel darauf angewiesen, jeden Heranwachsenden der Wehrpflicht zu unterwerfen.

Das Papier palästinensischer Christen enthält deshalb durchaus eine aufrüttelnde Botschaft für deutsche und europäische Christen. Sie tragen in der Tat eine historische Mitverantwortung für die ge-

genwärtige Lage in Palästina. Anstatt die Friedensinitiative für den Nahen Osten an die US-amerikanische Regierung zu delegieren, können Israelis wie Palästinenser gleichermaßen zu Recht mehr Engagement von den Europäern erwarten. Dieses Engagement sollte sich freilich nicht aus einem verklemmten Schuldkomplex speisen. Denn das führt lediglich zu bemühter, rückwärtsgewandter Schuld-komplekosmetik. Es ist also wenig hilfreich, wenn deutsche Christen ihre zögernde Haltung gegenüber dem Boykottbegehren der Palästinenser damit begründen, dass sie dies an den Aufruf der Nazis »Kauft nicht bei Juden!« erinnere.<sup>2</sup> Dieses Argument enthüllt, dass man lediglich um sein eigenes Ansehen besorgt ist, nicht aber um das zukünftige Wohl und Wehe von Frauen, Männern und Kindern in Israel und Palästina. Eine zukunftsorientierte politische Verantwortung kann sich auch nicht in symbolpolitischen Aktionen erschöpfen, sie muss vielmehr von den europäischen Regierungen ein weitaus höheres Friedensengagement fordern. Wer aber eine effektive Friedenspolitik betreiben will, der verzichtet tunlichst auf einseitige Parteinahmen, sondern bemüht sich um einen akzeptablen Ausgleich von Interessen. Eine politische Theologie läuft diesen realpolitischen Interessen zuwider – so verhält es sich auch mit der politischen Theologie des palästinensischen Kairos-Papiers.

Pseudo-apokalyptisch bezeichnen die palästinensischen Christen ihren wohl kalkulierten Boykottaufruf als einen »Schrei der Hoffnung gegen alle Hoffnung«. Dabei sind die theologischen Schwächen dieses »Wortes der Wahrheit« offensichtlich. Es ist frappierend selbstgerecht. Ein Bekenntnis eigener Schuld fehlt. Wer nach einer »gemeinsamen Vision« (9-1) suchen will, benötigt diese Fähigkeit. Die Politik Israels wird als »Sünde« bezeichnet (2-5). Der christliche Sündenbegriff ist aber streng an die Gottesbeziehung gebunden. Problematisch ist ferner eine Landnahmetheologie, die – im Verbund mit einer Beerbungstheorie – die Verheißungen an Israel nostrifiziert und das »heilige Land«, vor allem aber »Jerusalem«, für die Christenheit reklamiert (2-2-2; 2-3; 9-5).

Eine bedenkliche religiös-politische Romantik offenbaren die Schlusssätze des Dokuments. Dort heißt es:

(2) So argumentiert etwa die Evangelische Mittelost-Kommission der EKD. Das sogenannte EMOK-Papier findet sich unter <http://www.ekd.de/international/emok/71428.html>.

Wir glauben, dass am Ende Seine Güte den Sieg über das Böse des Hasses und des Todes davontragen wird, die noch immer in unserem Land herrschen. Wir werden hier »ein neues Land« und »einen neuen Menschen« entdecken, der imstande ist, sich im Geist der Liebe zu allen seinen Brüdern und Schwestern zu erheben.

Schmerzlich vermisst man in dieser Passage den eschatologischen Vorbehalt, der religiös-politisches Schwärmertum von einer verantwortungsvollen Politik im christlichen Geist unterscheidet. Das biblische Menschenbild erinnert uns daran, dass in jedem Menschen Gutes und Böses zu finden ist. Es kommt deshalb darauf an, auf jede Schwarz-Weiß-Malerei ebenso zu verzichten wie auf religiösen Enthusiasmus. Den »neuen Menschen« wird es erst im Reich Gottes geben. Vor einer Theologie »des neuen Landes« kann nur ausdrücklich gewarnt werden – mit einem »neuen Deutschland« haben Deutsche keine guten Erfahrungen gemacht. Man stelle sich vor, heimatvertriebene Deutsche würden eine solche »Landtheologie« vertreten. Exodus, Exil und Diaspora – das sind die christlichen Raummetaphern, nicht die eines »heiligen Landes«.

⇒ »Pinkwashing Israel« – der deutsche Genderdiskurs vor der Palästinafrage

Anfang Dezember 2010 fand an der Humboldt-Universität zu Berlin die internationale Konferenz »Fundamentalism and Gender« statt. Bereits im Vorfeld kam es zum Eklat über den Vortrag einer jungen amerikanischen Wissenschaftlerin. Jasbir Puar, Assistenzprofessorin an der Rutgers-University, wollte in ihrem Vortrag zeigen, dass es im Umgang mit Schwulen und Lesben auch so etwas wie eine »repressive Toleranz« von Staaten geben könne. Sie wählte als Beispiel dafür den Staat Israel. Dieser sei zweifellos im ansonsten homophoben Nahen Osten derjenige Staat, der Schwulen und Lesben nicht diskriminiere. In Tel Aviv habe sich eine lebendige Lesben- und Schwulenszene etablieren können. Die Freude der Queer-Community sollte darüber aber nicht allzu groß sein, denn mit der Toleranz gegenüber den Schwulen und Lesben wolle der Staat Israel nur seine unmenschliche Unterdrückungspraxis gegenüber den Palästinensern kaschieren. Die Nichtdiskriminierung von Schwulen und Lesben müsse also als Propagandatricks Israels gelesen werden, mit dem die Diskriminierung der Palästinenser übertüncht werden solle – nicht

durch »whitewashing«, sondern durch »pinkwashing«. Dagegen müsse man protestieren. Antidiskriminierungspolitik sei unteilbar.<sup>3</sup>

Christina von Braun, die Initiatorin der Tagung, protestierte sowohl gegen den Titel des Vortrages – »Pinkwashing Israel« – als auch dagegen, dass ausgerechnet Israel als Exempel für ein ja durchaus bedenkenswertes Phänomen gewählt worden sei. Dieser Protest wurde von der Tageszeitung »Die Welt« schon im Vorfeld der Tagung publiziert.<sup>4</sup> Das hatte zur Folge, dass sich zum Vortrag von Jasbir Puar Hunderte von jugendlichen Zuhörerinnen und Zuhörern einfanden, die ihre Solidarität mit der Referentin zum Ausdruck bringen wollten. Die Atmosphäre war aufgeheizt. Jasbir Puar sah sich als Opfer einer Kampagne, die so nur in Deutschland möglich sei. Die Deutschen litten nämlich unter einem Schuldkomplex, der es ihnen unmöglich mache, unvoreingenommen über die Lage in Israel zu diskutieren. Die Mehrzahl der jugendlichen Zuhörerinnen und Zuhörer aus der Berliner Schwulen- und Lesbenszene stimmten ihr begeistert zu.

An der Konferenz nahm auch Micha Brumlik teil. Er lehrt Erziehungswissenschaften in Frankfurt am Main und ist Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, das Geschichte und Wirkung der Shoah untersucht. Als er sich nach dem Vortrag zu Wort meldete, war ihm die Erregung über die seiner Meinung nach evident antiisraelischen Aussagen anzumerken. Nach kurzer Zeit entzog ihm die Moderatorin der Veranstaltung das Wort. Sie betonte, dass die Referentin Israel lediglich als ein Exempel unter vielen anderen möglichen ausgewählt habe. Keineswegs wolle sie antiisraelische oder gar antisemitische Ressentiments schüren. Schließlich stand eine junge Frau auf, erklärte, sie komme aus Tel Aviv, sie sei lesbisch und sie halte die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel für einen Skandal. Als Jüdin fände sie es höchst skurril, dass ein älterer deutscher Mann sich erdreiste, der Referentin Antisemitismus zu unterstellen. Die Aufregung im Vortragssaal erreichte ihren Höhepunkt.

(3) Die Position Jasbis Puar liest sich in ihrem Beitrag für den britischen Guardian gut zusammengefasst: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2010/jul/01/israels-gay-propaganda-war>.

(4) Vgl. [http://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article11339196/Jetzt-wird-Israel-auch-seine-Toleranz-fuer-Schwule-vorgeworfen.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article11339196/Jetzt-wird-Israel-auch-seine-Toleranz-fuer-Schwule-vorgeworfen.html)

Hier kreuzten sich offensichtlich mehrere (Selbst-)Viktimisierungsdiskurse gleichzeitig. Die jüdische Lesbe warf dem deutschen Mann selbstbezügelte Schuldgefühlslust und mangelnde Solidarität mit den Unterdrückten vor. Die Verwirrung war perfekt: Da wurde in der Stadt, in der die Vernichtung der Juden Europas geplant wurde, der deutsche Jude Micha Brumlik von einer in Israel lebenden Jüdin darauf hingewiesen, dass es ihm als Deutschen nicht zustehe, die Israelkritik der Referentin und deren Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu kritisieren. Sein Hinweis auf einen antisemitischen Diskurs wurde offenbar lediglich als Ausdruck eines deutschen Schuldkomplexes interpretiert, von dem sich die Deutschen schnellstens befreien müssten.

### ⇒ Wachsendes Schuldentlastungsbedürfnis

Die zivilreligiöse Aufladung der Shoah zeitigt also ambivalente Folgen. In den Lehrplänen unserer Schulen nimmt die Erinnerung an die Vernichtung der europäischen Juden nach wie vor breiten Raum ein; Klassenfahrten in die Vernichtungslager werden von Lehrkräften immer noch engagiert organisiert. Schülerinnen und Schüler reagieren nach wie vor betroffen. Ihr Mitgefühl gilt den verfolgten und getöteten europäischen Juden. Die heute in Israel lebenden Juden erscheinen dennoch vielen als grausame und brutale Besatzer, die die Palästinenser unterjochen. Das Mitgefühl für die toten Juden fördert das Verständnis für die heute in Israel lebenden Juden nicht. Vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Aus der impliziten »Schuldübernahmezumutung«, die die Beschäftigung mit der deutschen Geschichte mit sich bringt, entsteht eine »Schuldabwehrreaktion«, die Entlastung in der »Einsicht« sucht, dass »die Juden« im heutigen Israel »nicht besser« seien als »die Deutschen«. Hendrik Broder hat deshalb den vernünftigen Vorschlag gemacht, deutsche Schulkinder nicht mehr in die Vernichtungslager zu karren, sondern sie als Austauschschüler nach Israel zu schicken. Denn die von vielen empfundene moralische Dissonanz zwischen der Erinnerung an die Shoah und der politischen Lage in Palästina ist explosiv. Das Schuldentlastungsbedürfnis in Deutschland nimmt zu. Die Aufforderung von außen, sich doch endlich von falschen Schuldgefühlen zu befreien, hören viele nur allzu gerne. An den Stammtischen aller Schichten und Milieus hört man die Klage, dass man ja leider nicht öffentlich aussprechen dürfe, was man im Blick auf Israel wirklich denke und eigentlich laut herausschreien müsse. Islamkritiker in Deutschland haben die Parole »Keine Tabus mehr!« dazu genutzt,

ihre Ressentiments gegen die muslimische Minderheit öffentlich und mit viel Erfolg vorzutragen. Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch das »Tabu« gegenüber der jüdischen Minderheit fällt?

Die Selbststilisierung, ein Opfer zivilreligiöser Tabus zu sein, ist ebenso gefährlich wie unsachgemäß. Sie ist gefährlich, weil daraus kollektive Schuldabwehrreaktionen erwachsen. Sie ist unsachgemäß, weil es nicht um Schuld oder Scham, sondern schlicht um die Übernahme historischer Verantwortung geht. Japaner, Chinesen, Russen, Amerikaner – alle Völker tragen eine spezifische Verantwortung für ihre Vergangenheit. Als mit Barack Obama der erste Afroamerikaner Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde, wurden die Amerikaner an eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte dieses Landes erinnert, nämlich an den Rassismus gegenüber den Afroamerikanern. Die Verantwortung für die Ereignisse zwischen 1933 und 1945 kann keine der nachkommenden Generationen abschütteln. Das gilt übrigens auch für arabisch- und türkischstämmige Deutsche. Auch sie können unter Verweis auf ihre individuelle Herkunft nicht aus der kollektiven deutschen Geschichte aussteigen. Das tun viele auch nicht. Wie sagte doch eine junge Muslimin am Ende einer Lerneinheit über den Nationalsozialismus: »Ich frage mich, wie sich Hitlers Mutter nach 1945 gefühlt haben muss!«<sup>5</sup>

Darüber hinaus ist an die banale politische Weisheit zu erinnern, dass zwischen politischen Gefühlen und politischem Handeln der politischen Vernunft hinreichend viel Raum gewährt werden muss. Die Entrüstung von Wutbürgern kann eine an Rationalitätskriterien orientierte politische Praxis nicht ersetzen. Zivilreligiös motivierte politische Gefühle müssen ferner eine Zivilreligionskritik unterzogen werden, die auf der strikten Unterscheidung von religiöser und politischer Praxis beharrt. Alle großen Weltreligionen haben aus guten Gründen Unterscheidungslehren entwickelt, die Kurzschlüsse von religiösen Überzeugungen auf politisches Handeln vermeiden sollen. Eine melodramatische Selbstviktimsierung verleiht zwar das gute Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen und für eine gute Sache zu kämpfen. Das selbstkritische Überprüfen dieser Selbsteinschätzung ist aber nötig. Wenn es auch stimmt, dass keine Religion auch keine

(5) Diese kleine Episode berichtete Esra Özyürek in einem Vortrag über ihre Studie »Making Germans out of Muslims: Holocaust Education and Anti-Semitism Trainings for Immigrants.« Vgl. <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Teilnehmen-und-Vernetzen/content/8940>

Lösung ist, so ist aber die Unterscheidung zwischen eigenen tiefsten Überzeugungen und politischer Praxis die Voraussetzung für kompromissfähiges und konstruktives politisches Handeln.

---

**Zitationsvorschlag:**

Schieder, Rolf (2011): Schuldfallen und Opferprojektionen im Umgang mit dem Palästinakonflikt (Ethik und Gesellschaft 2/2011: Religionsprojektionen). Download unter: [http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2011\\_Schieder.pdf](http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2011_Schieder.pdf) (Zugriff am [Datum]).

---

**ethikundgesellschaft****ökumenische zeitschrift für sozialetik**

Religionsprojektionen

Karsten Fischer

Die permanente Projektion:

Zur Problembeziehung zwischen Religion und Politik

Klaus von Stosch

Zur Möglichkeit und Unmöglichkeit des interreligiösen Dialogs. Untersuchungen im Anschluss an Catherine Cornille

Wolfgang Huber

Neue Religionskonflikte und staatliche Neutralität. Erfordern weltanschauliche und religiöse Entwicklungen Antworten des Staates? Eine christliche Perspektive.

Hamideh Mohagheghi

Neue Religionskonflikte und staatliche Neutralität. Erfordern weltanschauliche und religiöse Entwicklungen Antworten des Staates? Eine muslimische Perspektive.

Rolf Schieder

Schuldfallen und Opferprojektionen im Umgang mit dem Palästinakonflikt

Frank Mathwig

Diesseits der Projektion:

Aus dem Alltag religionspolitischer Konflikte am Beispiel der religionspolitischen Kontroverse um das Minarettverbot in der Schweiz

Anja Middelbeck-Varwick

Der projektierte Prophet.

Zur Wahrnehmung Muhammads im Kontext christlicher Theologie